

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 11. November 1981
am Donnerstag, dem 12. November 1981

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Baack (SPD)	35, 36	Frau Dr. Lepsius (SPD)	3, 4
Bindig (SPD)	62	Löher (CDU/CSU)	122, 123
Börnsen (SPD)	93, 94	Frau Dr. Martiny-Glotz (SPD)	34, 88
Breuer (CDU/CSU)	37, 83	Meinike (Oberhausen) (SPD)	9, 10
Broll (CDU/CSU)	58, 87	Merker (FDP)	56, 57
Clemens (CDU/CSU)	91	Michels (CDU/CSU)	111, 112
Collet (SPD)	19, 20	Milz (CDU/CSU)	31, 32
Dr. Czaja (CDU/CSU)	71, 72	Dr. Möller (CDU/CSU)	1
Dr. Diederich (Berlin) (SPD)	59, 60	Niegel (CDU/CSU)	106, 107
Dolata (CDU/CSU)	47	Frau Noth (FDP)	53
Eigen (CDU/CSU)	109, 110	Pauli (SPD)	38, 39
Dr. Enders (SPD)	40, 41	Peter (Kassel) (SPD)	44
Engelsberger (CDU/CSU)	63, 64	Poß (SPD)	33, 113
Feile (SPD)	15, 16	Sauer (Salzgitter) (CDU/CSU)	75, 76
Dr. Feldmann (FDP)	2, 108	Dr. Schöffberger (SPD)	11, 12
Fiebig (SPD)	114, 115	Freiherr von Schorlemer (CDU/CSU)	65, 66
Dr. Friedmann (CDU/CSU)	25, 26	Schulze (Berlin) (CDU/CSU)	23, 24
Frau Fromm (FDP)	7, 8	Dr. Schwarz-Schilling (CDU/CSU)	61
Gärtner (FDP)	120, 121	Sieler (SPD)	89, 90
Dr. von Geldern (CDU/CSU)	97, 98	Frau Simonis (SPD)	81
Gilges (SPD)	5, 6	Dr. Soell (SPD)	124, 125
Frau Dr. Hartenstein (SPD)	54, 55	Spranger (CDU/CSU)	82
Hauser (Krefeld) (CDU/CSU)	99, 100	Stutzer (CDU/CSU)	92
Dr. Hennig (CDU/CSU)	70	Susset (CDU/CSU)	21, 22
Dr. Hupka (CDU/CSU)	73, 74	Thüsing (SPD)	95, 96
Immer (Altenkirchen) (SPD)	116, 117	Tillmann (CDU/CSU)	49, 50
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	79, 80	Dr. Todenhöfer (CDU/CSU)	43
Jaunich (SPD)	103, 104	Frau Traupe (SPD)	85, 86
Dr. Jobst (CDU/CSU)	68, 69	Dr. Voss (CDU/CSU)	27, 28
Klein (München) (CDU/CSU)	77, 78	Weinhofer (SPD)	17, 18
Dr. Kübler (SPD)	29	Weirich (CDU/CSU)	118, 119
Dr. Kunz (Weiden) (CDU/CSU)	67, 84	Frau Dr. Wilms (CDU/CSU)	51, 52
Lambinus (SPD)	13, 14	Wimmer (Neuss) (CDU/CSU)	45, 46
Dr. Lammert (CDU/CSU)	30, 105	Dr. Wörner (CDU/CSU)	42
Dr. Langner (CDU/CSU)	48	Dr. Zumpfort (FDP)	101, 102

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	10
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	10
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	11
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	17

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

1. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU) Welche Erfahrungen liegen der Bundesregierung darüber vor, in welchem Ausmaß die Belegungsbindungen des Wohnungsbindungsgesetzes bei der Vermietung von Wohnraum von Bedeutung sind?
2. Abgeordneter
Dr. Feldmann
(FDP) Inwieweit kann die Bundesregierung Ergebnisse einer Langzeitstudie an der Bochumer Ruhruniversität bestätigen, wonach sich die Haltbarkeit in den sechziger Jahren errichteter Betonbauten durch zunehmende „Versauerung“ der Niederschläge infolge starker Luftverschmutzung „um nahezu die Hälfte“ verkürzt wird, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung, falls sie diese Ergebnisse bestätigen kann, zu ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

3. Abgeordnete
Frau Dr. Lepsius
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß es Familiengerichte gibt, die den unterhaltsberechtigten Frauen keinen Anteil an der sich aus dem Realsplitting ergebenden Steuerersparnis zusprechen, und sieht sie gegebenenfalls einen Anlaß für eine gesetzgeberische Initiative?
4. Abgeordnete
Frau Dr. Lepsius
(SPD) Was kann die Bundesregierung tun, um dem in der Drucksache 8/2201, Seite 5, aufgestellten und vom OLG-Hamm im Urteil vom 8. Januar 1980 (FamRZ Seite 638) praktizierten Grundsatz Geltung zu verschaffen, daß der steuerliche Vorteil unter den geschiedenen Eheleuten aufgeteilt wird?
5. Abgeordneter
Gilges
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, welchen Umständen es zuzuschreiben ist, daß der im Zusammenhang mit der Anlage von Waffenlagern durch rechtsextremistische Täter in der Lünbeburger Heide in Untersuchungshaft genommene Forstangestellte Lembke im Gefängnis die Möglichkeit hatte, Selbstmord zu begehen?
6. Abgeordneter
Gilges
(SPD) Inwieweit sieht die Bundesregierung in dem Selbstmord des bisher einzig bekannten Tatverdächtigen Lembke eine Erschwernis der Ermittlungen hinsichtlich der Aufklärung der Herkunft der sichergestellten Waffen und der Art und Weise, wie diese Waffen beschafft werden konnten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

7. Abgeordnete
Frau Fromm
(FDP) Trifft es zu, daß bei der Pauschalierung der Lohnsteuer bei bestimmten Zukunftssicherungsleistungen gemäß § 40 b des Einkommensteuergesetzes auch dann Kirchensteuer abgeführt werden muß, wenn der Steuerpflichtige nicht einer Religionsgemeinschaft angehört?

- | | |
|--|--|
| 8. Abgeordnete
Frau
Fromm
(FDP) | Wie und wann will die Bundesregierung gegebenenfalls diese mit dem Grundgesetz nicht in Einklang stehende Ungleichbehandlung beenden? |
| 9. Abgeordneter
Meinike
(Oberhausen)
(SPD) | Ist es zutreffend, daß Sportvereinen (zum Beispiel Basketball-, Hallenhandball-, Eishockey- und Tischtennisvereinen) auch in den Fällen die Gemeinnützigkeit gewährt bzw. weitergewährt wird, wenn an Sportler Geld- und Sachleistungen in Höhe von bis zu sechsstelligen Summen gezahlt werden? |
| 10. Abgeordneter
Meinike
(Oberhausen)
(SPD) | Hält die Bundesregierung es für notwendig, gesetzliche Regelungen zu treffen, die ein Unterlaufen der steuerbegünstigenden Gemeinnützigkeit verhindern? |
| 11. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) | Wie hoch schätzt die Bundesregierung bei den Steuern, die auf Bundesrecht beruhen, den durch Steuerhinterziehung im weitesten Sinn verursachten jährlichen Ausfall und zwar in absoluten Zahlen und im Verhältnis zu den gesetzlich geschuldeten Steuern? |
| 12. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß Gesellschaften mit erheblichen Steuerschulden nicht selten liquidiert und durch Neugründungen mit ähnlichem Namen und gleichem oder geringfügig veränderten Personenkreis ersetzt werden, damit die Steuerschulden nicht getilgt werden müssen, und was gedenkt die Bundesregierung gegen eine solche Praxis zu unternehmen? |
| 13. Abgeordneter
Lambinus
(SPD) | Wie hoch schätzt die Bundesregierung die derzeitigen Rückstände von fälligen Steuern in der Bundesrepublik Deutschland, die auf Bundesrecht beruhen, und welcher Anteil entfällt davon auf Bundessteuern oder Bundessteueranteile? |
| 14. Abgeordneter
Lambinus
(SPD) | In welcher Höhe müssen Steuerpflichtige ihre Steuer rückstände bei Steuern, die auf Bundesrecht beruhen, verzinsen, und in welcher Größenordnung bewegt sich das absolute Zinsaufkommen dabei jährlich? |
| 15. Abgeordneter
Feile
(SPD) | Welche gesetzlichen und (oder) verwaltungsmäßigen Vorschriften des Bundes gibt es über die Häufigkeit und den zeitlichen Abstand von Betriebsprüfungen, gegebenenfalls bezogen auf einzelne Betriebsarten, Betriebsgrößen und Umsatzgrößen, und in welchen zeitlichen Abständen müssen steuerpflichtige Betriebe im Bundesgebiet durchschnittlich mit tatsächlichen Betriebsprüfungen rechnen? |
| 16. Abgeordneter
Feile
(SPD) | Wie hoch waren in den Jahre 1979 und 1980 die infolge von Betriebsprüfungen nachträglich festgesetzten Steuern, die auf Bundesrecht beruhen, und wie hoch schätzt demzufolge die Bundesregierung den infolge vorgeschriebener aber wegen Personalmangel unterbliebener Betriebsprüfungen eingetretenen Steuerausfall für Bund, Länder und Gemeinden? |

17. Abgeordneter
Weinhofer
(SPD)
- Wie hoch sind unter Zugrundelegung entsprechender Besoldungsgruppen die durchschnittlichen Personal- und Personalnebenkosten außer späteren Versorgungsleistungen für jeden zusätzlichen Betriebsprüfer, und wie hoch ist demgegenüber die nach bisherigen Erfahrungswerten zu erwartende Steuermehreinnahme pro zusätzlich eingesetztem Betriebsprüfer?
18. Abgeordneter
Weinhofer
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung allein oder zusammen mit den Ländern zu unternehmen, um die Zahl und die Intensität von Betriebsprüfungen auch nur auf das bereits jetzt vorgeschriebene Maß zu steigern, und bedarf es hierfür einer Personalmehrung oder nur einer gezielten Umsetzung des vorhandenen Personals?
19. Abgeordneter
Collet
(SPD)
- Wieviele Steuern, die auf Bundesrecht beruhen, werden nach Auffassung der Bundesregierung wegen mangelhafter Buchführung bzw. Betriebsprüfung und/oder mangelnder Steuerehrlichkeit zu wenig eingenommen?
20. Abgeordneter
Collet
(SPD)
- Hält die Bundesregierung hinsichtlich der auf Bundesrecht beruhenden Steuern die Betriebsprüfungen – vor allem in Großbetrieben – quantitativ hinsichtlich ihrer Frequenz und qualitativ in Bezug auf die Anzahl der jeweils einsetzbaren und eingesetzten qualifizierten Prüfer für ausreichend, und wenn nein, ist sie in der Lage und gegebenenfalls bereit, darauf hinzuwirken, daß die Betriebsprüfungen quantitativ und qualitativ intensiviert werden?
21. Abgeordneter
Susset
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wie unterschiedlich die Finanzämter ihren Ermessensspielraum bei den nach § 13 a des Einkommensteuergesetzes zu veranlagenden Landwirten bezüglich der je Hektar anzurechnenden Vollarbeitskräfte ausnutzen, und welche Folgerungen zieht sie, sofern die Praxis unterschiedlich ist?
22. Abgeordneter
Susset
(CDU/CSU)
- Gibt es hier von Bundesland zu Bundesland unterschiedliche Anweisungen bezüglich dieser Festsetzung?
23. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der stationäre Blumengroßhandel bundesweit und verstärkt gegen das Überhandnehmen der „fliegenden Blumenhändler“ protestiert, und welche Koordinierungsmaßnahmen hat die Bundesregierung zwischen den zuständigen Bund- und Länderinstitutionen nach dem Inkrafttreten der Änderung des Umsatzsteuergesetzes seit dem 1. Januar 1980 getroffen, um die damit verbundene längst überfällige Verwaltungsregelung in Kraft zu setzen?
24. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Wie soll zukünftig darüberhinaus die Steuerehrlichkeit der „fliegenden Holländer“ kontrolliert werden?

- | | |
|---|--|
| 25. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) | Welche Konsequenzen gedenkt Bundesfinanzminister Matthöfer hinsichtlich seiner Amtszeit daraus zu ziehen, daß der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung auf 4 v. H. erhöht wird, nachdem er noch am 25. September 1981 in einer Rede vor dem Bundestag wörtlich erklärt hat, „Hier ist, jedenfalls während der Amtszeit dieses Bundesfinanzministers, keine weitere Beitragserhöhung eingebaut.“? |
| 26. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) | Wie vereinbart Bundesfinanzminister Matthöfer die Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung mit seiner Feststellung in der Etat-Rede vor dem Bundestag am 16. September 1981, in der er wörtlich erklärte, „Gleichzeitig wird erneut bekräftigt, daß die jetzt erreichten Grenzen der Belastung der Löhne und Einkommen mit direkten Steuern und Sozialabgaben nicht mehr überschritten werden sollen.“? |
| 27. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung sich von der „DDR“ genauen Aufschluß darüber verschafft, wie hoch die gemäß Artikel 3 Abs. 2 der Vereinbarung vom 25. April 1974 vom Transfer ausgeschlossene Summe der in der „DDR“ befindlichen Guthaben ist, die in der Bundesrepublik Deutschland wohnenden Personen gehören? |
| 28. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) | Welche Überlegungen waren maßgebend, die „DDR“ zu Lasten der von Artikel 3 Abs. 2 der o. a. Vereinbarung betroffenen Personen zu befreien, diese Guthaben transfermäßig zu bedienen? |
| 29. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) | Wie ist der Stand der Verhandlungen über die von den US-Streitkräften geplante Erweiterung des Truppenübungsgeländes im Viernheimer Wald, insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt einer Änderung der Art der bisherigen militärischen Nutzung? |
| 30. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung als Eigentümer des bundeseigenen Salzgitter-Konzerns die Auffassung seines Vorstandsvorsitzenden, Ernst Pieper, „nur zwei große Unternehmenseinheiten in der Stahlindustrie, nämlich Thyssen und der Zusammenschluß der übrigen Branche werden die achziger Jahre überleben können“, und welche Schlußfolgerung zieht sie aus seiner Skepsis, „daß die europäischen Nachbarländer in Zukunft mit ihrer Subventionsvergabe für ihre notleidende Stahlindustrie zurückhaltender sein werden — trotz des Subventionskodex“ (siehe Handelsblatt vom 3. November 1981)? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

- | | |
|--|--|
| 31. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) | Welcher Betrag insgesamt ist von den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsämter in den letzten acht bzw. vier Wochen noch an Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vergeben worden? |
| 32. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) | Handelt es sich dabei ausschließlich nur um Restmittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aus dem derzeitigen Haushaltsjahr 1981 bzw. aus dem Vorjahr? |

33. Abgeordneter
Poß
(SPD)
- Gedenkt die Bundesregierung, ähnlich wie die japanische Regierung, das eventuell geringere Beitragsaufkommen zur Arbeitslosen-, Kranken- und Sozialversicherung, das sich aus dem zunehmenden Ersatz menschlicher Arbeitskraft durch computergesteuerte Maschinen ergeben kann, dadurch aufzufangen, daß sie eine „Maschinenabgabe“ erhebt?
34. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-Glotz
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die technische Sicherheit des montierbaren „Euro-Steckers“, und hält sie es für notwendig, angesichts des wachsenden Heimwerkermarkts auf dem Elektrofeld besondere Vorkehrungen zu treffen, um Unfällen vorzubeugen?
35. Abgeordneter
Baack
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Verbands Deutscher Badebetriebe e. V., Dortmund, daß durch ausgehandelte Sparmaßnahmen zwischen der kassenärztlichen Vereinigung und den Krankenkassen selbständige Heilgymnasten in ihrer Existenz bedroht sind und ihre Betriebe schließen müssen, und welche Folgerungen zieht sie daraus?
36. Abgeordneter
Baack
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung gegebenenfalls zwischen dem Verband Deutscher Badebetriebe und der kassenärztlichen Vereinigung zu vermitteln, daß nicht durch diese Sparaktionen Arbeitsplätze und Betriebe vernichtet werden, da ja laut Westdeutscher Allgemeiner Zeitung vom 21. Oktober 1981 nur in Nordrhein-Westfalen die Sparaktion am konzentriertesten durchgeführt würde?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

37. Abgeordneter
Breuer
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen zu, nach denen Bundesverteidigungsminister Dr. Apel vor der 25. Kommandeurtagung der Bundeswehr erklärt haben soll, die Friedensbewegung werde finanziell aus Moskau unterstützt?
38. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Wie viele Wehrpflichtige, deren Antrag auf Kriegsdienstverweigerung rechtskräftig abgelehnt wurde, befinden sich zur Zeit wegen sich daraus ergebender Straftaten — also vor allem Befehlsverweigerung — im Strafvollzug bzw. bei der Bundeswehr in Disziplinararrest, und welche Inhaftierungszeiten sind dabei in der Regel gegeben?
39. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung nach Schaffung eines Rehabilitationsgesetzes für die im Sinne der Frage 38 strafrechtlich verfolgten Kriegsdienstverweigerer und nach Amnestie für solche, die sich zur Zeit in Haft bzw. Disziplinararrest befinden?
40. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Widersprüche von Wehrpflichtigen gegen ihre Einberufung von den Widerspruchskammern der Wehrbereichsverwaltungen, insbesondere der Wehrbereichsverwaltung IV, auch positiv beschieden oder generell abgelehnt werden?

41. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)
- Kann es die Bundesregierung angesichts der fehlenden Ausbildungs- und Studienplätze heute noch rechtfertigen, daß junge Wehrpflichtige aus ihrem Ausbildungsverhältnis herausgerissen und zur Bundeswehr eingezogen werden und durch diese Unterbrechung eine Verlängerung ihrer Ausbildungszeit gegenüber ihren Jahrgangsklassen als persönliche Härte hinnehmen müssen und die ohnehin raren Ausbildungsplätze monatelang bis zur Rückkehr des Wehrpflichtigen nicht genutzt werden können?
42. Abgeordneter
Dr. Wörner
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung den vom sowjetischen Parteichef Breschnew in seinem Spiegel-Interview vom 2. November 1981 aufgestellten Kräftevergleich im Bereich der Mittelstreckenwaffen unter Einbeziehung der sogenannten forward based systems für richtig?
43. Abgeordneter
Dr. Todenhöfer
(CDU/CSU)
- Wie sieht die Bundesregierung das wirkliche Kräfteverhältnis im Bereich der Mittelstreckenwaffen unter Einbeziehung der sogenannten forward based systems?
44. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD)
- Wie sichert die Bundesregierung die Waffenbestände der Bundeswehr gegen Mißbrauch und Mitnahme?
45. Abgeordneter
Wimmer
(Neuss)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den im Zusammenhang mit dem in schwedischen Küstengewässern aufbrachten sowjetischen U-Boote bekanntgewordenen Sachverhalt, daß sowjetische U-Boote dieses Typs über Torpedowaffen mit atomaren Sprengköpfen verfügen?
46. Abgeordneter
Wimmer
(Neuss)
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen ist ein Starfighter der Bundesluftwaffe in diesen Tagen beim Anflug auf den Fliegerhorst Nörvenich abgestürzt, und auf welche Gesamtzahl erhöht sich mit diesem Absturz die Zahl der getöteten Piloten und der abgestürzten Maschinen bei diesem Waffensystem?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

47. Abgeordneter
Dolata
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den in allen Großstädten und sehr vielen Orten der Bundesrepublik Deutschland von der Deutschen Bundesbahn praktizierten Haus/Haus Gepäckdienst als wichtigen Service auch zum Ausgleich so manchen Standortnachteils in Berlin anzubieten?
48. Abgeordneter
Dr. Langner
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn angeordnet hat, daß auf Bahnstrecken, die nicht zum sogenannten unternehmerischen Kernbereich gehören, keinerlei Investitionsmaßnahmen mehr durchgeführt werden dürfen, und bejahendenfalls welche Streckenabschnitte, die die Landkreise Limburg-Weilburg, Hochtaunus und Maintaunus berühren, sind hiervon betroffen?

49. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU) Was hat die Deutsche Bundesbahn bisher daran gehindert, in Zusammenarbeit mit den Flughäfen bzw. den Fluggesellschaften einen durchgehenden Zubringerverkehr zu den Flughäfen einschließlich Fluggastabfertigung, ähnlich dem schweizerischen „Fly & Rail System“ anzubieten, und ist beabsichtigt, einen ähnlichen Dienst in naher Zukunft einzuführen?
50. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU) Wann wird die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag den Gesetzentwurf über eine einheitliche Organisation der Flugsicherung in der Bundesrepublik Deutschland zuleiten, nachdem in der gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen und des Verteidigungsausschusses am 5. März 1980 die Bundesregierung erklärt hat, daß der Gesetzentwurf zu Beginn der nächsten Wahlperiode auf den Weg gebracht werde?
51. Abgeordnete
Frau
Dr. Wilms
(CDU/CSU) Mit welchen Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung ihr erklärtes Ziel zu erreichen, eine bessere Auslastung des Flughafens Köln/Bonn zu gewährleisten und dafür die Flughäfen Köln/Bonn und Düsseldorf zu einer wirtschaftlichen und organisatorischen Einheit zusammenzuführen?
52. Abgeordnete
Frau
Dr. Wilms
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß auf Drängen der Deutschen Lufthansa, die sich immerhin zu 75 v. H. im Eigentum des Bundes befindet, zur Zeit Planungen für einen weiteren Ausbau des Flughafens Düsseldorf vorgenommen werden, und sieht die Bundesregierung damit ihr Flughafenkonzept vom 20. Februar 1981 gefährdet?
53. Abgeordnete
Frau
Noth
(FDP) Warum ist der Bund — laut Entwurf des Niedersächsischen Hafenkonzepts, Seite 79 — nicht mehr bereit, die „sich bislang gut bewährte“ Auftragsverwaltung für das Land Niedersachsen im Rahmen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung in Aurich im „notwendigen Umfang“ fortzuführen?
54. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD) Treffen Pressemeldungen zu, wonach drei Firmen beim Deutschen Hydrographischen Institut in Hamburg erneut beantragt haben, jährlich nahezu 2 Millionen Tonnen der aus der Titandioxydproduktion stammenden Dünnsäure in der Nordsee verklappen zu dürfen?
55. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um eine rasche Beendigung der Verklappungen zu erreichen oder wenigstens eine stufenweise Reduzierung herbeizuführen und gleichzeitig auf EG-Ebene entsprechende Regelungen durchzusetzen?
56. Abgeordneter
Merker
(FDP) Hat sich nach Auffassung der Bundesregierung die bisherige Kontrolle, ob die Lichtzeichen an Verkehrswegen der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) und den Richtlinien für Lichtzeichenanlagen (RiLSA) entsprechen, bewährt?
57. Abgeordneter
Merker
(FDP) Ist der Bundesregierung bekannt, welche Qualifikation die nach § 45 Abs. 3 StVO zuständigen Prüfer haben müssen, und hält sie diese für ausreichend?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
das Post- und Fernmeldewesen**

58. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU) Ist die von einem Rechtsanwalt in dem Disziplinarverfahren gegen einen aktiven beamteten DKP-Funktionär bei der Deutschen Bundespost vor dem Bundesverwaltungsgericht in dieser Woche vorgebrachte Behauptung zutreffend, die Bundesregierung habe bei ihrem Angebot, DKP-Beamte aus dem Beamtenverhältnis zu entlassen und in das Angestelltenverhältnis zu überführen, erklärt, es handle sich nur um eine Zwischenlösung, und man werde alsbald eine gesetzliche Regelung treffen, die das Beamtenrecht so ändere, daß einer Verbeamtung dieser Personen nichts mehr im Wege stehe, und wenn ja, welche Gründe waren für die Bundesregierung maßgebend?
59. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD) Wieviel illegale Radio- bzw. Fernsehsender („Piratsender“, die Hörfunk- bzw. Fernsehprogramme verbreiten) gibt es derzeit im Bereich der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West), einschließlich solcher Sender, die außerhalb der Grenzen gezielt auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ausstrahlen, und wie ist die Entwicklung der letzten Jahre?
60. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD) Wie hoch ist die Zahl der von der Fahndung der Deutschen Bundespost entdeckten Stationen, und wieviel Verurteilungen mit welchen Strafen auf Grund des Fernmeldeanlagengesetzes hat es gegeben?
61. Abgeordneter
Dr. Schwarz-
Schilling
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, z. B. kostengünstige Paketsammeltransporte nach Polen vorzunehmen, um die Hilfeleistungen auf allen Ebenen aus der Bundesrepublik Deutschland in der jetzigen Krisensituation, insbesondere auf dem Ernährungssektor, zu unterstützen, da die hohen Gebühren für den Paketversand ein besonderes Hindernis für private Initiativen darstellen?
62. Abgeordneter
Bindig
(SPD) Kann die Bundesregierung die unbestimmten Mengenangaben — „bisher liegen nur vereinzelt weitere Anträge“ vor — wie sie in der Antwort auf meine Anfrage zur Anzahl der bisher eingegangenen Bestellungen von posteigenen Notruftelefonen gemacht wurden, dahin gehend konkretisieren, daß sie genau angibt, wieviel Bestellungen und von welchen Notdienstträgern bisher eingegangen sind?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

63. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Treffen Meldungen zu, Bundeskanzler Schmidt habe vor amerikanischen Journalisten erklärt, daß er schon immer Bedenken gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland gehabt habe, und er nur auf Drängen des damaligen US-Präsidenten Carter mit dem NATO-Doppelbeschuß vom September 1979 einverstanden gewesen sei, und muß aus diesen Äußerungen der Schluß gezogen werden, daß der Bundeskanzler gegen seine Überzeugung sich für die Nachrüstung ausgesprochen hat?

- | | |
|---|---|
| 64. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) | Wie steht der Bundeskanzler heute zum NATO-Doppelbeschluß, und ist er bereit, für diesen entschieden sowohl gegenüber dem Ausland als auch im eigenen Lande einzustehen? |
| 65. Abgeordneter
Freiherr von
Schorlemer
(CDU/CSU) | Gedenkt die Bundesregierung, weitere Anzeigen über den Bundeshaushalt 1982 zu schalten, obwohl man letztendlich nie sicher sein kann, daß das Zahlenmaterial noch stimmt? |
| 66. Abgeordneter
Freiherr von
Schorlemer
(CDU/CSU) | Will die Bundesregierung noch einmal 2,2 Millionen DM für Anzeigen zum Haushalt 1982 ausgeben, obwohl sie bei ihren Etatberatungen schon Schwierigkeiten bei kleineren Größenordnungen hatte? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

- | | |
|---|--|
| 67. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß der Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in New York bei deutschen Industrieadressen seines Amtsbezirks unter Verwendung des offiziellen Briefkopfs Gelder sammelte zur Finanzierung eines Festessens für die Veranstaltung einer privaten Ehrung des SPD Parteivorsitzenden? |
| 68. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) | Treffen Pressemeldungen zu, daß die diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland in Griechenland sich nur unzureichend um deutsche Urlauber, die mit den dortigen Landesgesetzen in Konflikt kommen und schon bei geringen Anlässen inhaftiert werden, kümmern und sie Bundesbürger ihrem Schicksal in den mittelalterlichen Verhältnissen in den griechischen Gefängnissen überlassen? |
| 69. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß die deutschen diplomatischen Vertretungen in Athen es unterlassen haben drei Oberpfälzer Urlaubern nach ihrer Inhaftierung in Griechenland zu helfen, worauf diese nach ihrer Rückkehr nach Deutschland in der Presse schwere Vorwürfe gegen die deutschen Stellen in Griechenland erhoben haben? |
| 70. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) | Entsprechen die Maßnahmen, die die Regierung Nicaraguas gegen oppositionelle Politiker, Parteien, Gewerkschaften, Zeitungen und Rundfunksender in jünster Zeit ergriffen hat, den Erwartungen, die die Bundesregierung mit ihren Hilfeleistungen in Höhe von bisher mehr als 100 Millionen DM verbunden hat, und welche Rückwirkungen wird diese außerordentliche Gefährdung eines pluralistischen Wegs dieses Landes auf neue Projekte haben? |
| 71. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß der amerikanische Präsident bereits unmittelbar nach seiner Wahl den eindeutigen und nachher kontinuierlich verfolgten Willen zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Sowjetunion im Sinne des NATO-Doppelbeschlusses auch gegenüber Mitgliedern der Bundesregierung äußerte, und daß es zur Verfolgung dieser Willensentscheidung nicht erst eines europäischen Drucks bedurfte? |

72. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Wie erklärt die Bundesregierung den Unterschied zwischen den Auskünften des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers nach ihren Besuchen in Moskau in den letzten Jahren über Gespräche mit dem Staats- und Parteichef Breschnew und dem Außenminister Gromyko zur Ausreise Deutscher aus der Sowjetunion und der tatsächlichen Minderung der Ausreisezahlen trotz einer sehr hohen Zahl unerledigter Anträge?
73. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Welches sind die Gründe dafür, daß die Ausreise der Deutschen aus der Sowjetunion in diesem Jahr den niedrigsten Stand seit Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte von 1975 erreichen wird?
74. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, mit Breschnew während dessen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland über das Mißverhältnis zwischen der Zahl der über 100 000 zur Ausreise entschlossenen Deutschen in der Sowjetunion und der Ausreisemöglichkeit für weniger als 345 Deutsche im Monatsdurchschnitt 1981 zu sprechen und für eine Erhöhung der Ausreisequote einzutreten?
75. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß den deutschen Aussiedlern unmittelbar vor dem Verlassen der Sowjetunion in Moskau goldene Uhren abgenommen, Dokumente zurückbehalten und eine nur geringe persönliche Habe zum Mitnehmen zugestanden werden, und was gedenkt sie zur Verbesserung dieser unwürdigen Situation zu tun?
76. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Einschränkung der Religionsfreiheit für die Deutschen in der Sowjetunion?
77. Abgeordneter
Klein
(München)
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung dafür zu tun, daß den ausreisewilligen Deutschen in der Sowjetunion die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland gewährt wird?
78. Abgeordneter
Klein
(München)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß ausreisewillige Deutsche in der Sowjetunion mit Arbeitsplatzverlust, persönlichen Pressionen und Inhaftierung bei Bekundung des Ausreisewillens in Moskau zu rechnen haben, und wie gedenkt sie, ihre Schutzpflicht gegenüber diesen Landsleuten wahrzunehmen?
79. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Wird sich der Bundeskanzler während des Besuchs des sowjetischen Staatsoberhauptes Breschnew in Bonn bei den Gesprächen, die er mit ihm führen wird, für die Freilassung des Menschenrechtskämpfers Prof. Jurij Orlow und der anderen inhaftierten und verurteilten Mitglieder der „Förderungsgruppe zur Erfüllung der Beschlüsse von Helsinki in der UdSSR“ einsetzen, die unter Verletzungen der Vereinbarungen der Schlußakte von Helsinki von den sowjetischen Behörden strafrechtlich verfolgt worden sind?

80. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Welches ist nach den Erkenntnissen der Bundesregierung der Stand der deutsch-sowjetrussischen Gespräche einschließlich derjenigen des Deutschen Roten Kreuzes mit sowjetrussischen Stellen über die Kriegsgräber deutscher Gefallener des Zweiten Weltkriegs in der UdSSR, und wird der Bundeskanzler bei seinen bevorstehenden Gesprächen mit dem sowjetischen Staatsoberhaupt Breschnew in Bonn diese Frage endlich einer zufriedenstellenden Lösung zuführen können?
81. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD) Kann die Bundesregierung angeben, wieviel Mittel aus den entsperrten Ansätzen des Bundeshaushalts 1981 für Zahlungen an die Türkei abgeflossen sind, und sieht sich die Bundesregierung in der Lage, die eventuell für 1981 noch verbleibenden Mittel wegen der sich verschlechternden Situation in der Türkei in diesem Jahr nicht mehr zur Auszahlung zu bringen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

82. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Wer ist für ein Verbot der rechtsextremen „Volkssozialistischen Bewegung“ zuständig?
83. Abgeordneter
Breuer
(CDU/CSU) Inwieweit ist die Bundesregierung darüber informiert, auf welchen Wegen welchen Organisationen der Friedensbewegung sowjetische finanzielle Mittel zufließen, und ist die Bundesregierung bereit, dies der Öffentlichkeit bekanntzugeben?
84. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor über die Finanzierung der großen Demonstration in Bonn am 10. Oktober 1981, insbesondere darüber, wie, und in welcher Höhe die Kosten für den Transport, die Infrastruktur und die Verpflegung der Teilnehmer aufgebracht wurden?
85. Abgeordnete
Frau Traupe
(SPD) Welche Pläne und Modelle für den öffentlichen Dienst des Bundes gibt es, bei anhaltender schlechter Arbeitsmarktsituation für Männer und Frauen verkürzte Wochenarbeitszeiten anzubieten?
86. Abgeordnete
Frau Traupe
(SPD) Welche Argumente sprechen dagegen, mehrere Ganztagsstellen in Halbtags-, Dreivierteltags- oder Zweidritteltagsarbeitsplätze aufzuteilen, die sowohl älteren Arbeitnehmern wie Eltern mit kleinen Kindern helfen könnten, einen Beruf auszuüben?
87. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU) Welche Schlußfolgerung gedenkt die Bundesregierung aus der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 29. Oktober 1981, das die Entlassung des aktiven beamteten DKP-Funktionärs aus dem Beamtenverhältnis entschieden hat, für andere vergleichbare Fälle im Bereich des Bundes zu ziehen, und beabsichtigt sie tatsächlich, die in Frage 58 angesprochene „gesetzliche Regelung“ vorzunehmen?

88. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-
Glotz
(SPD)
- Trifft es zu, daß beim Vollzug des Abwasserabgabengesetzes Probleme dadurch bestehen, daß die meisten kleinen und mittleren Kommunen das Gesetz noch nicht zur Kenntnis genommen haben und rund 80 Prozent der Schmutzeinleiter vom Gesetz nicht unmittelbar erfaßt werden, weil sie ihre Abwässer direkt in die kommunalen Abwassernetze einleiten?
89. Abgeordneter
Sieler
(SPD)
- Hält die Bundesregierung den Bau nuklearer Wiederaufbereitungsanlagen für Brennstäbe aus Atomkraftwerken auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland bzw. im Freistaat Bayern für wünschenswert oder erforderlich?
90. Abgeordneter
Sieler
(SPD)
- Sind der Bundesregierung die möglichen oder tatsächlichen Standorte für eine Wiederaufbereitungsanlage in Bayern bekannt, und kann sie den von der Staatsregierung festgelegten Standort nennen?
91. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU)
- Ist es nach der Auffassung der Bundesregierung richtig, daß im verstärkten Maß polnische Staatsangehörige als Touristen in die Bundesrepublik Deutschland einreisen, einen Asylantrag stellen und dann trotz Nichtanerkennung ihres Asylrechts nicht wieder nach Polen zurückgeschickt werden, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen?
92. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung eine Einleitung des nach drei Klärstufen abfließenden Wassers der Stadt Rendsburg in den Nord-Ostsee-Kanal für unbedenklich, und wann ist hier mit einer Genehmigung zu rechnen?
93. Abgeordneter
Börnsen
(SPD)
- Wie erklärt die Bundesregierung, daß das bisher als verschollen geltende sogenannte Zigeunerarchiv angeblich mit Wissen des Bundesinnenministeriums in der Universität Tübingen lagerte?
94. Abgeordneter
Börnsen
(SPD)
- Ist es richtig, daß sich in diesem Archiv Dokumente befinden, mit denen Zigeuner Wiedergutmachungsansprüche belegen könnten, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese Ansprüche zu erfüllen?
95. Abgeordneter
Thüsing
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung nach den Waffenfunden in der Lüneburger Heide gegen rechtsradikale Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland zu tun?
96. Abgeordneter
Thüsing
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Meldungen (z. B. in der neuesten Ausgabe von METALL) bestätigen, nach der es eine Zusammenarbeit zwischen Grauen Wölfen und deutschen Neonazis, besonders auch mit der Volkssozialistischen Bewegung, gibt?
97. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU)
- Treffen Presseberichte zu, nach denen die Bundesregierung ein Ersuchen abgelehnt hat, den Bundesgrenzschutz in der Deutschen Bucht zum Schutz des Tankschiffs „Cronos“ gegen Aktionen von „Green peace“ einzusetzen, und welche Gründe haben die Bundesregierung gegebenenfalls dazu veranlaßt?

98. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU)
- Stimmt die Bundesregierung der Ansicht zu, daß es Aufgabe des Bundesgrenzschutzes ist, u. a. in der Deutschen Bucht Straftaten gegen deutsche Schiffe zu verhindern und bei dem Verdacht von Straftaten polizeiliche Ermittlungen zu führen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

99. Abgeordneter
Hauser
(Krefeld)
(CDU/CSU)
- Wie hoch war in den ersten zwei Jahren vom 1. Juli 1979 bis zum 30. Juni 1981 der Anteil der Existenzgründungen, die durch das Eigenkapitalhilfeprogramm der Bundesregierung unterstützt wurden, an der Gesamtzahl der Existenzgründungen im gleichen Zeitraum, und wie beurteilt die Bundesregierung nunmehr ihr Programm?
100. Abgeordneter
Hauser
(Krefeld)
(CDU/CSU)
- Wie hoch waren die Ist-Beträge, die von der Bundesregierung im Haushaltsjahr 1979 sowie im Haushaltsjahr 1980 nach dem Eigenkapitalhilfeprogramm pro geförderter Existenzgründung aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt wurden?
101. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis über Gutachten oder Anhörungen bezüglich der Bewertung der verschiedenen Energieversorgungsstrukturen bei plötzlichem Ausfall wichtiger Energieversorgungssysteme sowie Sabotage, Krieg und Terror, und welche Schlußfolgerungen hat sie daraus gegebenenfalls gezogen?
102. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP)
- Sind der Bundesregierung Untersuchungen über das Risiko der radioaktiven Strahlung bei der zivilen Nutzung der Kernenergie bekannt, und inwieweit sind deren Ergebnisse in ihrem Energieprogramm verarbeitet worden?
103. Abgeordneter
Jaunich
(SPD)
- Auf welcher Grundlage beruht die in einer vom Bundeswirtschaftsminister im September dieses Jahres herausgegebenen Informationsbroschüre enthaltene Aussage, wonach der handwerkliche Befähigungsnachweis durch Ablegen der Meisterprüfung erworben wird?
104. Abgeordneter
Jaunich
(SPD)
- Wie hoch war die Auflage dieser Informationsbroschüre, und welcher Empfängerkreis soll damit im wesentlichen angesprochen werden?
105. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)
- Liegt der Bundesregierung der zunächst dem Land Nordrhein-Westfalen vorgelegte Bürgschaftsantrag der Krupp-Stahl AG in Höhe von 260 Millionen DM inzwischen ebenfalls vor, und welche Entscheidungen hat sie bereits getroffen?
106. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bei der weiteren Beurteilung und Überprüfung der Voraussetzungen für die Gewährung der Frachthilfe für Korbwaren und Kinderwagen, einschließlich Kinderpuppenwagen, bekannt, daß die Umsatzsteigerung bei Korbwaren 1976/78 mit 12,5 v. H. erheblich unter der des Bundesdurchschnitts von 24,7 v. H. lag und unter der

der Holzverarbeitenden Industrie von 16,6 v. H., daß der Rückgang der Stückzahlen bei Kinderwagen im Frachthilfegebiet 22,6 v. H. im Bundesdurchschnitt jedoch nur 14,2 v. H. betrug, und ob diese Zahlen nicht für die Weiterführung der Frachthilfe sprechen?

107. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung für die weitere Beurteilung über die Gewährung von Frachthilfe für die Korbwarenbranche bekannt, daß in den Jahren 1979/80 die Umsatzentwicklung deutlich zurückgegangen ist, und ob dies nicht überzeugend für die Fortführung der Frachthilfe spricht?
108. Abgeordneter
Dr. Feldmann
(FDP) Wie beurteilt die Bundesregierung die wirtschaftlichen und energiepolitischen Vorteile des Einsatzes von Flüssiggas als alternativem Betriebsstoff im Busbereich des öffentlichen Personennahverkehrs sowie Taxidienst, und gedenkt sie, konkrete Projekte wie etwa Modellversuche — gegebenenfalls welche — zu fördern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

109. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Welche Politik verfolgt die Bundesregierung im Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft in bezug auf die Verwendung der Mittel aus der Milcherzeugerabgabe, und wie hoch ist die Summe der Abgabe bis zum 1. Oktober 1981 angewachsen?
110. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Wie kann die Bundesregierung mitverantworten, daß gerade die bäuerlichen Familienbetriebe, in denen 90 v. H. der Milch der Europäischen Gemeinschaft erzeugt werden, durch die Milcherzeugerabgabe eine EG-Sondersteuer zahlen müssen, obgleich zur Zeit keine Überschüsse bestehen, ja nicht einmal die Sicherheitsreserve an Butter in der Europäischen Gemeinschaft vorhanden ist?
111. Abgeordneter
Michels
(CDU/CSU) Wie hoch ist der Anteil des Einzelplans 10, welcher 1981 für die Landwirtschaft direkt vorgesehen ist?
112. Abgeordneter
Michels
(CDU/CSU) Wie hoch war 1980 der EG- und der Weltmarktzuckerpreis, und welche Mengen wurden auf dem Weltmarkt gehandelt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

113. Abgeordneter
Poß
(SPD) Gedenkt die Bundesregierung, den § 7 des Jugendschutzgesetzes dahin gehend zu modifizieren, daß das Aufstellen von sogenannten Killerautomaten in leicht zugänglichen Einkaufspassagen, Eisdielen, Gaststätten und ähnlichen Einrichtungen unterbunden werden kann?

114. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Präsident des Bundesgesundheitsamts in Nummer 44 der Illustrierten „Quick“ vom 22. Oktober 1981 gefordert hat, daß „wir meiner Meinung nach, wenn wir den künftigen Patienten mehr helfen wollen, bessere und mehr Versuche am Menschen brauchen“ und daß „man um Versuche am Menschen nicht herumkommt“?
115. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) Teilt die Bundesregierung diese Auffassung oder ist sie nicht vielmehr der Auffassung, daß das geltende Arzneimittelgesetz (BGBI. I S. 2445) in § 41 die klinische Prüfung des zu prüfenden Arzneimittels nur gestattet, „wenn die Anwendung des zu prüfenden Arzneimittels nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft angezeigt ist, um das Leben des Kranken zu retten, seine Gesundheit wiederherzustellen oder sein Leiden zu erleichtern“, also die kontrollierte klinische Prüfung nur innerhalb des Behandlungsauftrags des Patienten an den Arzt stattfinden darf und damit nicht nur sprachlich, sondern auch materialiter „Versuche am Menschen“ nicht – wie etwa im Dritten Reich – gestattet sind?
116. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Ist auch die Bundesregierung der Meinung – wie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), der in einer Dokumentation im wesentlichen die Auffassungen der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AGV) bestätigt –, Verbraucher sollten den Verzehr von Salat, Muscheln, Kalb- und Schweinefleisch meiden, da die Lebensmittelkontrollen lückenhaft seien und die zulässigen Höchstmengen für Rückstände vielfach zu großzügig bemessen würden, und welche Konsequenzen wird die Bundesregierung gegebenenfalls ziehen?
117. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Inwieweit wird die Bundesregierung ähnliche Verbraucherempfehlungen herausgeben, wie sie bei einem von der rheinland-pfälzischen Landesregierung veranstalteten Symposium von Staatssekretär Prof. Töpfer vorgeschlagen wurden, nach denen wegen schädlicher Rückstände z. B. Leber und Niere nur noch in Abständen von mindestens 14 Tagen ohne Schaden verzehrt werden sollten und bei Waldpilzen nur noch Höchstmengen bis zu 200 Gramm je Person ungefährlich scheinen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

118. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Erkenntnis darüber vor, daß insbesondere in einigen Kernforschungszentren, die das Bundesforschungsministerium betreibt, aktive Gruppen von Bürgerinitiativen gegen Kernenergie tätig sind, und hält sie dies mit den Zielsetzungen der Kernforschungszentren für vereinbar?
119. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU) Welchen wissenschaftlichen Beitrag können nach Ansicht der Bundesregierung Gutachten und Studien im Rahmen der Risikostudie Teil B leisten, wenn diese von wissenschaftlich nicht qualifizierten Gruppen erstellt werden und die Vergabe ohne Ausschreibung durch direkte politische Anweisung seitens des Bundesforschungsministers erfolgt?

120. Abgeordneter
Gärtner
(FDP)
- Hat die Bundesregierung Gutachten in Auftrag gegeben bzw. Anhörungen durchgeführt, die sich mit der internationalen, der Umwelt- und der Sozialverträglichkeit sowie der Wirtschaftlichkeit verschiedener Energieversorgungsstrukturen befassen, und sind gegebenenfalls die daraus resultierenden Ergebnisse der Öffentlichkeit bekannt gegeben worden?
121. Abgeordneter
Gärtner
(FDP)
- Hat die Bundesregierung bisher Untersuchungen über die Bedeutung des Hochtemperaturreaktors und des Schnellen Brüters für die deutsche Volkswirtschaft durchgeführt, oder sind ihr diesbezügliche Untersuchungen Dritter bekannt geworden?
122. Abgeordneter
Löher
(CDU/CSU)
- Trifft die Meldung in der Westfälischen Rundschau vom 29. Oktober 1981 zu, wonach aus dem Haushaltsplan des Bundesforschungsministers 150 Millionen DM gestrichen wurden, die für ein Stahlforschungsprogramm zur Erkundung von weiteren Anwendungsmöglichkeiten eingesetzt waren?
123. Abgeordneter
Löher
(CDU/CSU)
- Gibt die Aussage des Bundeswirtschaftsministers vor der Belegschaftsversammlung der Estell Hüttenwerke Dortmund AG den wahren Sachverhalt wieder, wonach diese Zeitungsmeldung nicht zutrifft und der Haushaltstitel in der angesetzten Höhe für die vorgesehene Verwendung erhalten bleibt?
124. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD)
- Sind der Bundesregierung technische Verfahren bekannt, wie das in den Atomwaffen vorhandene Plutonium im Fall einer stufenweisen Abrüstung gefahrlos beseitigt werden kann?
125. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD)
- Ist es nach Auffassung der Bundesregierung richtig, daß — wie der französische Naturwissenschaftler Alfred Kastler meint (vgl. „le Monde“ vom 2. Oktober 1981 „Les antinucléaires sur la défensive“) — der einzig sichere Weg, sich des bei einer stufenweise erfolgenden Abrüstung von Atomwaffen anfallenden Plutoniums gefahrlos zu entledigen, dessen Verbrennung in Reaktoren des Typs „Super-Phenix“ ist?

Bonn, den 6. November 1981

